

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

16.2.1831 (Nr. 47)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 47.

Mittwoch, den 16. Februar

1831.

Badischer Geschichtskalender.

Rudolph der Lange, Markgraf von Baden, hatte mit Ruprecht dem Ältern, Kurfürsten von der Pfalz, einen Successionsvertrag errichtet. Ohne daß derselbe jedoch erfüllt wurde, starb Ruprecht ohne männliche Erben am 16. Febr. 1390.

Baden.

Das Großherzogliche Staats- und Regierungsblatt vom 15. Februar enthält folgende allerhöchstenlandesherrliche Verordnung:

**Leopold von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Wir haben beschlossen, Unsere getreuen Stände auf den 12. des künftigen Monats März um Uns zu versammeln.

Wir laden daher sämtliche Mitglieder beider Kammern ein, sich an gedachtem Tage dahier einzufinden.

Gegeben Karlsruhe, den 12. Febr. 1831.

Leopold.

Winter.

Auf Befehl Seiner Königlich Hochheit.
Eichrodt.

Frankreich.

Paris, den 11. Febr. Der König erteilt noch immer dem Grafen von Selles täglich Audienzen. — Gestern hatte die belgische Deputation die Ehre bei Sr. M. zu speisen.

Eine telegraphische Depesche von Bayonne den 4. Febr. berichtet: Corrijos hat in Algiras gelandet, allein er wurde zurückgetrieben. In Arragonien setzt man ein Korps von 4 — 5000 Mann in Bereitschaft, um es nach Catalonien oder Guipuzcoa zu schicken.

Sitzungen der Kammern. — Die Pairskammer nahm heute das Gesetz über das Geschwornengericht fast ohne Diskussion an. Den Art. 3 änderte sie dahin ab: Die Entscheidung der Jury geschieht gegen den Angeklagten bei einer Mehrheit von mehr als 7 Stimmen. — In der Deputirtenkammer legte der Finanzminister das Budget vor: In seiner Entwicklung desselben erklärte er es für das Dringlichste, die Ausgaben zu vermindern. Er zeigt, daß vom Budget eigentlich nur 555 Mill. Gelegenheit zu Ersparnissen geben könnten. Allein bei den Ministerien der Justiz, des Auswärtigen, des öffentlichen Unterrichts (wo man jedoch die Kosten der Geistlichkeit um 2,500,000 Fr. verminderte) und des Innern waren fast keine möglich, und wenn man auch etwas ersparte, so

ging es für Kosten der Revolution wieder auf. Betrachtlicher sind die Ersparnisse bei den Ministerien des Kriegs, der Marine und der Finanzen. Im Ganzen betragen sie fast 44 Mill.; dafür gehen aber für neue Ausgaben mehr als 24 Mill. auf, so daß in Wahrheit die Ausgaben um etwas über 19 Mill. vermindert sind, und das ganze Budget sich auf 957,377,335 Fr. beläuft. Für die Zukunft zeigt der Minister die Aussicht auf ein Budget von 800 Mill. Die Einnahmen schätzt er auf 973,101,894 Fr., so daß ein Ueberschuß von mehr als 15 Mill. herauskäme. Dann wendet er sich zu den außerordentlichen Ausgaben, und sagt: „Mitten unter den Stürmen Europas hatte Frankreich seine Unabhängigkeit und seine Prinzipien zu vertheidigen; es mußte sich daher zum Kriege rüsten, und hat dies gethan, mit dem innigen Wunsche, den Frieden zu erhalten. Frankreich will den Frieden, weil es von einem Krieg einen allgemeinen Brand fürchtet, weil es ihn mit seiner Würde für verträglich hält. Wenn es durch Verträge von 1814, welche seine Gränzen verengten, wäre erniedrigt worden, dann müßten wir sie freilich um jeden Preis verlassen; allein sie waren nur ein Unglück, keine Erniedrigung. Mag auch während der Restauration Frankreich in einer abhängigen Stellung gewesen sein — sie hat aufgehört: Frankreich hat aufs neue seine Grundsätze ausgesprochen, und wird ihnen Achtung verschaffen. Jedermann weiß, daß es allein in den Berathungen der Mächte die Stimmen aller andern aufwiegt. Und doch suchen wir den Krieg zu vermeiden — wir wollen keine Vergrößerung, obwohl wir, angegriffen, uns unseres Vortheils bedienen würden. Um aber dieses Mäßigungssystem zu vollenden, so muß es zugleich zur Versicherung des Friedens und zur Vorbereitung zum Krieg dienen, und die Zeit der Unterhandlungen muß eine Zeit der Rüstungen sein“ (Beifall). Der Minister fordert dann für außerordentliche Ausgaben 219,773,700 Fr., also im Ganzen 1,177,151,035 Fr. Damit verspricht er, in Afrika 19,000 Mann zu erhalten, und ein Heer von 434,000 Mann aufzustellen. Die Mittel dazu findet er in den 3 Mill. Renten von der Emigrantenentschädigung, und in einem Kredit von 200 Mill., der durch den Verkauf von Waldungen zu decken wäre. Am Schluß äußert er die Hoffnung, daß die Rückkehr der andern Staa-

ten in ihren Friedensstand auch Frankreich bald erlauben werde, seine Streitkräfte auf das zu beschränken, was seine Sicherheit und Würde erfordere. Sodann legte der Finanzminister einen zweiten Gesetzentwurf vor, welcher ihn ermächtigt, Schatzscheine auf höchstens 6 Jahre bis zum Ablauf von 200 Mill. auszugeben, und sie durch den allmählichen Verkauf von 300,000 Hektaren Wald zu decken. Die Kammer beschäftigte sich hierauf mit dem Münzpalgesetz, und nahm den Antrag des Hrn. Salverte, wie auch einen des Hrn. von Tracy zu Gunsten ehemaliger Schüler des polytechnischen Instituts an.

Hr. Barthe ist aufs neue vom Seinedepartement zum Deputirten erwählt worden.

Eine königl. Ordonnanz hat alle in Folge der Ereignisse von 1814 und 1815 eingeführten Ehrenzeichen abgeschafft, und sie zu tragen verboten.

Nach dem Temps soll der von London zurückgekehrte General Flahaut folgende Antwort des englischen Ministeriums überbracht haben: Es stehe nicht in seiner Macht, den Krieg zu vermeiden, wenn man auf der Wahl des Herzogs von Nemours bestehe, weil es alsdann dem Willen des Parlaments weichen müßte, und ein Ministerwechsel eine Veränderung des Systems bewirken würde; das Londoner Kabinet gebe übrigens zur Wahl eines Prinzen von Neapel, der eine französische Prinzessin heirathen würde, seine Zustimmung, und garantire die der drei andern Mächte.

Nach dem Temps sollten die belgischen Deputirten am 12. Febr. in dem Hause der Wittve eines berühmten Staatsmannes die abschlägliche Antwort des Kabinetes auf ihren Antrag erfahren. Der Kronprinz selbst sollte sich dorthin begeben, um sie darauf vorzubereiten.

Die Londoner Journale vom 10. d., welche durch Stafette in Paris angekommen waren, bringen keine Nachricht von Belang; das Parlament hatte am 9. nur eine ganz kurze Sitzung gehalten, da es sich Mittwoch u. Sonnabend in der Regel nicht versammelt. — Wir müssen übrigens noch bemerken, daß der Antrag auf Begnadigung der Maschinenzerstörer am 8. von Hrn. Hunt ausging; Hr. Hume unterstützte ihn nur.

Belgien.

Brüssel, den 11. Febr. Sitzung des Kongresses vom 10. — Bei Erneuerung des Bureau wurde Hr. Surlet de Chokier wieder zum Präsidenten gewählt. Auf den Vorschlag des Hrn. Lebeau stellt der Präsident an Hrn. van de Weyer, als Vorsitzer des diplomatischen Ausschusses, die Frage, ob er Nachrichten von London oder Paris erhalten habe. Hr. van de Weyer erwiederte, daß Lord Ponsonby ihm zwar ein Protokoll der Londoner Konferenz vom 7. Febr. zugesandt habe; allein nachdem er davon Kenntniß genommen, habe er es zurückgegeben, mit dem Bemerkten, der Kongreß könne gegenwärtig nur Mittheilungen von der belgischen Deputation in Paris erhalten; außerdem sei das Protokoll von Lord Ponsonby allein unterzeichnet gewesen. Hr. Lebeau und Hr. Jottrand fanden diese Gründe nicht entscheidend, da man

die Sache auch früher nicht so streng genommen; als bei der letztere das Benehmen Hrn van de Weyers mit einer gewissen Bitterkeit tadelte, erwiederte dieser, er fürchte das Wehe, was man über einige Glieder des Kongresses ausrufe, keineswegs, sondern er gebe es denen zurück, welche das Volk aufreizten. Er habe immer erklärt, daß seine Ueberzeugung von der Annahme der belgischen Krone durch den Herzog von Nemours nicht auf offiziellen Aktenstücken beruhe. Hr. Jottrand meinte, das sehe man wohl, allein es könne dem Kongreß doch von Nutzen sein, zu erfahren, daß seine Agenten ihre Ueberzeugungen aus grundlosen Nachrichten schöpften. Hr. Lebeau verteidigte sich gegen die Anschuldigung, das Volk aufzureizen, und sagte: So gut Hr. van de Weyer das Recht gehabt habe, zur Wahl des Herzogs von Nemours aufzufordern, eben so gut dürfe er auch glauben, daß die provisorische Regierung, wie das diplomatische Comité, sich hätten täuschen lassen. Hr. van de Weyer erwiederte, er beschuldige nur ein Journal der Volksaufreizung, und Hr. Nothomb erklärte, er habe wegen des Protokolls sogleich einen Courier nach Paris geschickt, und darüber von den dortigen belgischen Abgesandten in zweimal 24 Stunden Auskunft verlangt. Zuletzt wurde der Entwurf des Wahlgesezes vorgelegt. Zur Ausübung des Wahlrechts wird darnach die Bezahlung von direkten Steuern verlangt, die für jede Provinz besonders bestimmt sind; den höchsten Wahlcensus hat die Stadt Brüssel mit 100, den geringsten die Landgemeinden der Provinzen Namur und Luxemburg mit 30 fl. Die Wahlen finden alle Jahre am 2. Dienstag im Juni statt; den Wahlkollegien wird jede Verathung untersagt. Wählbar sind in die Repräsentantenkammer alle 25 Jahr alten Belgier; für den Senat ist dagegen ein Alter von 40 Jahren und die Bezahlung von 1000 fl. jährlicher Abgaben erforderlich.

Nach dem Courier de la M. enthält das Londoner Protokoll vom 7. d. die förmliche Verweigerung der belgischen Krone von Seiten Frankreichs und die Erklärung, daß der Herzog von Leuchtenberg von den 5 Mächten nicht als König anerkannt werden würde. — Derselben Blatt scheint es jetzt gewiß, daß der Herzog von Nemours die belgische Krone nicht annehmen werde. Der Courier sucht dagegen Großbritannien zu belehren, daß es dieser Wahl, wenn es seine Interessen richtig verstehe, zustimmen müsse.

Polen.

Warschau, den 7. Febr. Durch Verordnungen der Nationalregierung vom 2. d. sind der Senator Kasztelan Viktor Rembielinski zum Minister der Justiz, der bisherige Stellvertreter des Justizministers, Donaventura Niemojewski, zum Minister des Innern und der Polizei, der Landbote des Szydlower Distrikts, Graf Gustav Malachowski, zum stellvertretenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der bisherige Stellvertreter des Kriegministers, General der Infanterie, Isidor Krasinski, zum Minister des Krieges, der Landbote des Wieluner Distrikts, Aloisius Wiernacki, bisheriger Stell-

vertreter der Oberrechnungskammer, zum Finanzminister, und durch eine Verordnung vom 4. d. der Senator Kastellan Alexander Duinski zum Minister der Kulte und der öffentlichen Aufklärung ernannt worden. — Außer dem wurden am 3. d. der Generalsekretär des ehemaligen Nationalkonseils, Andreas Plichta, und der Protokollführer seiner Sitzungen, Stanislaus Kunatt, in gleicher Eigenschaft auch beim jetzigen Nationalkonseil angestellt.

Die Fürsten Maximilian Jablonowski und Joseph Lubomirski, Senatoren des Königreichs Polen, welche sich zur Zeit der Revolution vom 29. Nov. auf ihren Gütern in Rußland befanden, und anfänglich verhaftet wurden, sind demnächst auf Befehl Sr. M. des Kaisers nach Petersburg abgeführt worden.

Nach Warschauer Blättern erhielt die Regierung am 5. die Nachricht von dem beabsichtigten, und am 6. die von dem wirklichen Einmarsch der Russen in Polen. Sogleich brachen einige Kavallerieregimenter auf, um über die Weichsel zu gehen. Die preuß. Staatszeitung enthält hierüber folgendes Schreiben von der polnischen Gränze vom 7. Febr.: Das russische Heer hat nunmehr in Polen einzurücken begonnen; das Korps des Generals von Pahlen sieht bei Augustowa, und die Avantgarde soll heute in Grajewo eintreffen. Allem Anschein nach kommt diese Bewegung der Russen ganz unerwartet, und hat daher keine geringe Verstärkung unter den Polen hervorgebracht. Die polnische Armee sieht hinter Komza; an mehreren weiter vorwärts belegenen Orten aber, namentlich in Szuczyn, Stawischken, Komza und Kolno, befinden sich sehr große Magazine, die bei der vorbemerkten Stellung der Armee nicht gedeckt sind. Man sucht deshalb jetzt so viel als möglich von den Vorräthen zu flüchten, der Rest soll unter die Einwohner vertheilt, und, insofern solches nicht mehr möglich ist, vernichtet werden. In der erstgenannten Stadt hat sich jedoch die Bürgerschaft gegen letzteres aufgelehnt, weil es ihr sonst an Mitteln zur Verpflegung der Russen fehlen würde. Dem Vernehmen nach ist gleichzeitig mit dem General Pahlen auch der Feldmarschall Graf von Diebitsch-Sabalkanski selbst, nebst den übrigen Armeekorps, und zwar auf 5 verschiedenen Punkten, in Polen eingerückt. Erst vorgestern waren noch 800 Mann polnische Rekruten von Augustowa nach Grajewo abgegangen, von denen jedoch nur 600 Mann an letzterem Orte anlangten, indem 200 Mann unterwegs desertirten. Wie man vernimmt, sind bei Prenz 30,000 Mann, bei Poniemon 5000 Kosaken und 500 Husaren, und bei Szakt 500 Mann eingerückt. Wahrscheinlich werden dieselben ihren Marsch auf Warschau nehmen, und mit der bei Grodno und Bialystock stehenden Hauptarmee gemeinschaftlich operiren.

Die Bewohner der Wojewodschaft Krakau werden außer dem schon gestellten Krakusenregiment noch ein Regiment Kavallerie austrüsten. — Die jungen Israeliten der Hauptstadt wollen eine Schwadron leichter Reiterei errichten. — Alle in Warschau auf Urlaub befindlichen Militärs müssen sich aufs schleunigste zu ihrem Korps begeben. — Der Iman der muhamedanischen Tartaren in

der Wojewodschaft Augustowa hat berichtet, daß alle seine waffenfähigen Glaubensgenossen an dem allgemeinen Aufgebote Theil nehmen.

Der Generalissimus hat in einem Tagesbefehl Jedem, der Soldaten zur Desertion verführt, und allen Spionen die Todesstrafe gedroht.

Sitzungen des Reichstags. — In den Sitzungen vom 3. und 4. beschäftigte man sich unter anderen geringfügigeren Gegenständen vorzüglich mit Diskutirung eines Gesetzentwurfes über den Eid, welchen die ganze Nation gegenwärtig dem Reichstage leisten, und mit dem Entwurf einer Proklamation des Reichstages an die Nation, welche sich an jenes Gesetz anschließen sollte. Dasselbe wurde jedoch in der Sitzung vom 5. von der Senatorenkammer nach einigen Erörterungen mit einer Majorität von 16 gegen 6 Stimmen verworfen, und soll nun, dem Reichstagsgesetz zufolge, noch den vereinigten Kammern zur Untersuchung vorgelegt werden. In derselben Sitzung beschloß die Senatorenkammer, daß die polnische Nationalfarbe weiß und hochroth sein soll, weil das Wappen des Königreichs Polen ein weißer Adler in rothem Felde ist.

R u ß l a n d.

Petersburg, den 2. Februar. Der Direktor des auswärtigen Handels, Geheimer Rath Sibikoff, hat eine Dose mit dem Bildnisse Sr. M. des Kaisers erhalten. — Dem General von der Infanterie, Fürsten Chrowanski, ist die Verwaltung der Gouvernements Smolensk, Witebsk, Mohilew und Minsk übertragen worden. — Der General der Infanterie D'Aubray ist zum Mitgliede des Conseils der Militärlehranstalten, und der Oberst v. Kogebue zum Oberquartiermeister des Generalstabs für die Militärkolonien ernannt.

Im Laufe dieses Jahrs wird bei dem Generalstabe eine Militärakademie errichtet, wozu die Regierung jährlich 76,170 Rubel und zur Anschaffung von Instrumenten und Modellen ein für allemal 6000 Rubel beitragen wird.

Hiesige Blätter theilen Nachrichten aus Warschau bis zum 20. mit, die schon größtentheils bekannte Thatsachen enthalten. Bei Erwähnung der Verzichtleistung des Generals Clopicki auf die Diktatorwürde wird bemerkt, daß der General gegen die Reichstagsdeputation mit Nachdruck erklärte, das Volk dürfe den Eid nicht brechen, den es dem Kaiser Nikolaus geleistet; er (der General) könne nicht einwilligen, länger mit diesem Amte bekleidet zu bleiben, es wäre denn, daß man ihm unbeschränkte Vollmachten ertheile. Am Schlusse jener Nachrichten ist von den durch diese Abdankung verursachten Besorgnissen der friedfertigen Bewohner vor Erneuerung der Unruhen die Rede. „Viele Personen“, heißt es darin, „hätten gern Warschau verlassen, allein man gibt keine Pässe weiter aus, und achtet auch selbst nicht auf die früher vom General Chlopicki ertheilten. Unterdessen seufzt das Land unter der Last der revolutionären Forderungen. Die Eigenthümer sind durch Requisitionen aller Art be-

drückt. Man nimmt Alles ohne Rücksicht. Einem Gutsbesitzer in der Wojewodschaft von Augustow hat man 95 schöne Pferde aus seinem Gestüte fortgeführt. Durchgängig sind nochmalige Naturallieferungen gefordert worden. Die Auflagen betragen in der Wojewodschaft von Krakau allein gegen 60,000 Maaß Haber, 22,000 Maaß Roggen und 14,000 Maaß Gerste, Quantitäten, die das Land unmbglich aufreiben kann. Der Betrag der bisher gelieferten Borräthe wird den früher im Verlauf von 3 Jahren erhobenen Steuern gleichgeschätzt. Man wendet Drohungen, Gewalt und alle Mittel des Schreckens an, um Klagen zu unterdrücken, und die Unzufriedenheit nicht laut werden zu lassen. Auf diese Weise meinen die schuldigen Häupter der polnischen Revolution, ihr Land wiederherzustellen, und das Glück desselben zu sichern.

In Kaluga hat die Cholera aufgehört. — Wegen des Nachlasses dieser Seuche in Moskau sind die Kordons in den Gouvernements Nowgorod und Lwer aufgehoben worden; nur der Kordon am Flusse Schoscha zur Reinigung der Reisenden auf der Moskauer Straße bleibt noch. — Vom 22. bis 25. Jan. erkrankten in Moskau an der Cholera 6 Personen; 19 genasen, und 6 starben. Am 26. waren noch 17 Kranke übrig. — Die Gesamtzahl der Cholerafranken in Moskau bis zum 20. Jan. betrug 8371 (darunter 4821 männlichen und 3550 weiblichen Geschlechts). Davon genasen 3723 (2214 Männer und 1519 Frauen); es starben 4543, und darunter 2642 von jenem, 1901 von diesem Geschlecht. — In allen Gouvernements, wo die Cholera herrscht, sind die Adelswahlen ausgesetzt worden; die Beamten müssen aber auf ihren Posten bleiben.

Ein hiesiger Verein wird durch 2 Dampfschiffe eine wöchentliche Verbindung mit Lübeck eröffnen; der Preis für eine Person ist 24 und 18 Dukaten.

Odessa, den 22. Januar. Der Ukas, der die mit Abgaben rückständigen Israeliten dem Militärdienst unternahm, ist zurückgenommen worden. — Im Kreise von Odessa ereigneten sich bis zum 15. d. M. 18 neue Cholerafälle; 22 Kranke genasen, 7 starben, und 90 sind noch übrig.

Schweiz.

Basel, den 12. Febr. Von Mittwoch den 9. an beschäftigte sich der gr. Rath ausschließlich mit dem Verfassungsentwurf, nach dem von dem k. Rathe vorgelegten Gutachten, das übrigens von dem ursprünglichen der 15er Kommission nur wenig abweicht. In der gestrigen Sitzung vom 11. wurde die Berathung über denselben, sowie über die Art und Weise wie die Verfassung den Bürgern zur Sanction unterlegt werden soll, beendet. Die allermeisten Artikel wurden ohne weitläufige Debatte und, mit wenig Ausnahme, ohne alle Abänderung genehmigt.

Das Großherzogliche Staats- und Regierungsblatt vom 15. Februar enthält folgende

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Freiherrn Friedrich von Elrichshausen zu Höchstihrem Kammerherrn im Dienste Seiner Hoheit des Herrn Markgrafen Wilhelm zu Baden zu ernennen; den Amtsassessor Wasmmer zu Schwesingen, unter Ernennung zum Amtmann, zum Amt Bühl, den Amtsassessor Seidner zu Bretten, unter Ernennung zum Amtmann, zu dem Oberamt Heidelberg, und den besoldeten Rechtspraktikanten Woll zu Bruchsal als Assessor zum Amt Bretten zu versetzen.

Staatspapiere.

Wien, den 9. Febr. 4prozent. Metalliques 78 $\frac{3}{4}$; Bankaktien 1018.

Paris, den 21. Febr. 3prozent. 60, 40; 5prozent. 93, 40.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

15. Febr.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7	28 $\frac{3}{4}$. 1,9 L.	0,3 G.	63 G.	ND.
M. 1 $\frac{1}{4}$	28 $\frac{3}{4}$. 1,2 L.	5,0 G.	59 G.	ND.
N. 9	28 $\frac{3}{4}$. 0,8 L.	1,0 G.	60 G.	ND.

Trüb — heiter.

Psychrometrische Differenzen: 1.6 Gr. - 5.8 Gr. - 1.6 Gr.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 17. Febr.: Die Jäger, ländliches Sittengemälde in 5 Akten, von W. A. Jffland. Herr Fr. Gräner, den Oberförster Warberger, zur ersten Gastrolle.

Sonntag, den 20. Febr.: Wallensteins Tod, Trauerspiel in 4 Akten, von Schiller. Fr. Gräner, Wallenstein, zur zweiten Gastrolle.

Karlsruhe. [Wirtschaftsverkauf oder Verleihung.] Wegen Veränderung des Wohnsitzes wird in einer Stadt an der Landstraße des Murg- und Pfinzreises eine gangbare Wirtschaft als Eigenthum oder auf mehrere Jahre zum Verleihen angeboten.

Auch könnten, auf Verlangen, 20 Morgen Acker nebst 20 Morgen Wiesen in Pacht oder als Eigenthum dazu abgegeben werden.

Wo, sagt das Zeitungs-Komitee auf portofreie Briefe.